

20.03.2008

Konsultation der EU-Kommission zu nicht-energetischen Rohstoffen

Ziele:

Die gegenwärtige Initiative zielt darauf ab, die Faktoren, die das langfristige nachhaltige Angebot von nicht-energetischen Rohstoffen (primäre, sekundäre, Reststoffe) in der EU beeinflussen, zu untersuchen und ein schlüssiges politisches Konzept für die entstehenden Herausforderungen sicherzustellen. Im Einzelnen werden insbesondere fünf Aspekte betont:

1. Erhöhung des Rohstoffangebots aus EU-Quellen
2. Sichern eines nachhaltigen und transparenteren Rohstoffangebots aus Drittstaaten
3. Fördern des Kapazitätsaufbaus zur Rohstoffausbeutung und zum -transport in Entwicklungsstaaten
4. Unterstützen größerer Effizienz beim Ressourcenverbrauch
5. Einrichten einer EU-Wissensbasis für Rohstoffe

Ein primäres Ziel scheint somit zu sein, eine interdisziplinäre Politik zu entwickeln, mit der die Versorgung mit wichtigen Rohstoffen verbessert werden kann.

Position der Stahlindustrie in Deutschland:

Die Initiative der EU-Kommission ist zu begrüßen. Die Stahlindustrie beteiligt sich deshalb an dieser Konsultation mit hohen Erwartungen. Im Folgenden werden unsere wichtigsten Sichtweisen dazu skizziert.

Vorbemerkung:

Die Stahlindustrie sieht eine Notwendigkeit für weitere Initiativen zur langfristigen Sicherstellung des Bezugs von nicht-energetischen Rohstoffen für die EU-Wirtschaft und zur Sicherstellung eines politischen Konzepts für die sich ergebenden größten Herausforderungen. Dabei sollte der Schwerpunkt auf internationaler Ebene liegen.

Zu Punkt 1: **Erhöhung des Rohstoffangebots aus EU-Quellen**

- Forschung sollte die Verbesserung von „Recovery und Recycling“-Aktivitäten zum Ziel haben. Darüber hinaus sollte durch Forschung die Verwendung von Nebenprodukten aus Prozessen im Fokus stehen und weniger die Nutzung primärer Rohstoffe.

Zu Punkt 2: **Sichern eines nachhaltigen und transparenteren Rohstoffangebots aus Drittstaaten**

- Die Stahlindustrie in Deutschland stellt fest, dass ein freier und fairer Zugang zu Rohstoffen grundlegend für das Funktionieren der Wertschöpfungskette in der Europäischen Union ist.
- Der Rohstoffbezug ist politisch abzusichern, durch eine integrierte Politik d.h. durch eine Kombination von Europapolitik, Außen-, Außenwirtschafts- und

Handelspolitik, Wettbewerbspolitik sowie Entwicklungspolitik. Innerhalb der Europäischen Union sollte zunächst insbesondere bei den rechtlichen Rahmenbedingungen für Sekundär- und nachwachsenden Rohstoffe übermäßige Reglementierung, wie z.B. die Einstufung von Stahlschrott als Abfall, abgebaut werden. Im Rahmen der Außen-, Außenwirtschafts- und der Handelspolitik sollte z.B. wettbewerbsverzerrenden Praktiken entgegenwirken, dem Protektionismus entgegen getreten und internationale Märkte geöffnet bzw. offen gehalten werden. Die Entwicklungspolitik muss u. a. in Entwicklungsländern auf Rechtssicherheit, Investitionsschutz, den Abbau von Exportbeschränkungen sowie auf die Einrichtung internationaler Standards wie sie z. B. zur Ausbeutung von Rohstoffen in der Europäischen Union bestehen, hinwirken.

- Bei einer Vielzahl von metallischen Rohstoffen (z. B. Eisenerz) verfügen einzelne Förderunternehmen bereits über beachtliche Weltmarktanteile. Weitere Übernahmen und Zusammenschlüsse können zu einem dramatischen Anstieg der Unternehmenskonzentration führen. Verbleibende Anbieter gewinnen so immer mehr Marktanteile, die sie für Preissteigerungen nutzen können. Die gegenwärtig zur Prüfung anstehende Übernahme der Rio Tinto durch BHP Billiton sollte somit von der EU-Kommission im Rahmen ihrer Wettbewerbspolitik untersagt werden. Die Bedingungen für die Anwendung der europäischen Fusionskontrollverordnung sind erfüllt. Anderenfalls würden im Eisenerzmarkt allein zwei Anbieter über 70% Marktanteil halten mit besorgniserregenden Folgen für die Preisentwicklung, wie auch die Ergebnisse der aktuell laufenden Preisverhandlungen schon andeuten.
- Davon abgesehen, ist die Rohstoffversorgung aus Drittstaaten auch in Zeiten knapper und teurer werdenden Rohstoffe grundsätzlich Sache der Unternehmen selbst. Es ist und bleibt die Aufgabe der Unternehmen, durch strategische Ausrichtung und Wahrnehmung der bestehenden Handlungsspielräume ihre Rohstoffversorgung bestmöglich zu sichern.

Zu Punkt 3: Fördern des Kapazitätsaufbaus zur Rohstoffausbeutung und zum -transport in Entwicklungsstaaten

- Auch hier gilt (vgl. unter Punkt 2.), dass Rohstoffausbeutung und –transport in Entwicklungsstaaten ebenfalls in Zeiten knapper und teurer werdender Rohstoffe grundsätzlich Sache der Unternehmen selbst sind. Es ist und bleibt die Aufgabe der Unternehmen, durch strategische Ausrichtung und Wahrnehmung der bestehenden Handlungsspielräume ihre Rohstoffversorgung bestmöglich zu sichern.
- Flankierend ist von staatlicher Seite dafür zu sorgen, dass in den Entwicklungsstaaten politisch verlässliche Rahmenbedingungen bestehen (z. B. Schutz Eigentumsrechte, Garantie Vertragsfreiheit) (s. ebenso unter Punkt 2).

Zu Punkt 4: Unterstützen größerer Effizienz beim Ressourcenverbrauch

- Wir begrüßen, dass dieses Thema Teil der Konsultation ist. Ressourceneffizienz ist schon immer ein wichtiger Aspekt in der Stahlindustrie. Die Reduzierung von Einsatzstoffen gehört schon aus ökonomischen Gründen zum Tagesgeschäft. Jedoch sind weitere Senkungen von Einsatzstoffen

aufgrund der bereits erreichten Perfektion der Prozesse nur noch in sehr geringem Maße und unter Einsatz erheblicher Forschungsmittel sowie in internationaler Zusammenarbeit erreichbar.

- Forschung sollte die Verbesserung von „Recovery und Recycling“-Aktivitäten zum Ziel haben. Darüber hinaus sollte durch Forschung die Verwendung von Nebenprodukten aus Prozessen im Fokus stehen und weniger die Nutzung neuer Rohstoffe (vgl. dazu unter Punkt 1).

Zu Punkt 5: **Einrichten einer EU-Wissensbasis für Rohstoffe**

- Die Stahlindustrie verfügt aufgrund ihrer Internationalität über ein fundiertes Informationsnetzwerk zu Rohstoffen. Ergänzend werden dazu Auskünfte einschlägiger Behörden wie z.B. der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) verwendet. Eine EU-Wissensbasis würde für die Stahlindustrie keinen Mehrwert, sondern nur Mehrkosten durch Bürokratieaufblähung liefern.

Die Gemeinschaftsorganisationen im Stahl-Zentrum in Düsseldorf vertreten rund 99 Prozent der Rohstahlproduktion in Deutschland und auch viele europäische Stahlerzeuger. Zur Stahlindustrie in Deutschland gehören etwa 100 Unternehmen und rund 90.000 Mitarbeiter.